



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Keine flächendeckenden Kombilöhne – Lohnnebenkosten senken und Arbeitslose qualifizieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag beschließt:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene die flächendeckende Einführung von Kombilöhnen abzulehnen. Stattdessen fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, auf Bundesebene eine Initiative zu starten, die das Ziel hat, das Land Schleswig-Holstein als Modellregion für solche Kombilohnmodelle zu etablieren die zeitlich begrenzt sind, der Heranführung von Arbeitslosen an den Arbeitsmarkt dienen und entsprechende ergänzende Module, wie den Erwerb von Zusatzqualifikationen oder die Schaffung von neuen Berufsbildern im Niedriglohnsektor beinhalten.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht in einer steuerfinanzierten Senkung der Lohnnebenkosten und in der Qualifizierung von Arbeitslosen einen entscheidenden Beitrag, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Kaufkraft in der Bevölkerung zu stärken.
Daher fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, auf Bundesebene eine Initiative mit dem Ziel zu starten, dass bis spätestens 2010 jeder Arbeitslose innerhalb eines Jahres nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit ein Jobangebot, ein Weiterbildungsangebot, ein Qualifizierungsangebot oder ein Ausbildungsangebot bekommt

Begründung:

Flächendeckende Kombilöhne führen zu staatlich subventioniertem Lohn-Dumping und sind nicht finanzierbar. Kombilöhne können, ähnlich wie im „Elmshorner Modell“ nachgewiesen, Menschen in Arbeit bringen, wenn diese Kombilöhne mit Maßnahmen zur weiteren Qualifizierung verbunden sind.

Nachhaltig kann man neue Arbeitsplätze gerade im Niedriglohnsektor oder in lohnintensiven Branchen schaffen, wenn man die Lohnnebenkosten dauerhaft senkt. Dazu ist es aber entscheidend, dass gerade die Langzeitarbeitslosen besser qualifiziert werden, um den wirtschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. Um dies zu erreichen müssen Arbeitslose nach skandinavischem Vorbild spätestens innerhalb eines Jahres ein Jobangebot, Weiterbildungsangebot, ein Qualifizierungsangebot oder ein Ausbildungsangebot erhalten.

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW